

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1875

2 (3.1.1875)

Beilage zu Nr. 2 der Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 3. Januar 1875.

Deutschland.

Berlin, 31. Dez. Die „Provinzial-Corresp.“ stellt folgende Betrachtungen als Rückblicke auf das Jahr 1874 an: Wenn wir beim Schlusse des Jahres 1874 den Verlauf desselben noch einmal übersehen, um die politischen Ergebnisse für das preussische und deutsche Vaterland zusammenzufassen, so erwacht zunächst die Erinnerung an die schweren Sorgen um die Gesundheit unseres Kaisers und Königs, welche beim vorigen Jahreswechsel das gesammte Volk bewegten, und wie preisen es als einen ersten großen Segen des Jahres 1874, daß der ehrwürdige Fürst, mit dessen Namen das erhebende Bewußtsein der wieder errungenen Größe und Kraft des Deutschen Reiches und zugleich das Bewußtsein der hohen Aufgaben desselben innig verknüpft ist, sich seit den ersten Wochen dieses Jahres von der vorübergehenden Schwäche in wunderbar raschem Aufschwunge wieder zu alter Kraft und Frische erhoben hat und diese neugefährte Kraft wieder mit gewohnter Hingebung der weiteren, erfolgreichen Erfüllung seines erhabenen Berufes widmen konnte. Schon im April war es dem Kaiser möglich, den Reichstag persönlich zu schließen mit dem Ausdruck des Dankes gegen Gott, der ihm dies nach erster Krankheit gestattet habe. Im weiteren Verlaufe des Jahres aber konnte der Kaiser, nachdem er an den althergebrachten und ihm lieb gewordenen Heilquellen vollends Stärkung gewonnen, sich aufs neue mit bewundernswürdiger Ausdauer der Abhaltung der großen Heerschaueen widmen, welche von jeher für die Entwicklung unseres Heerwesens von großer Wichtigkeit waren und in dieser Zeit eine noch erhöhte Bedeutung für die Bollendung der äußeren und inneren Einheit des deutschen Heeres gewonnen haben.

Das hohe persönliche Ansehen des Kaisers, das Vertrauen und die Verehrung, welche ihm in deutschen Volke gewonnen werden, haben sich auch bei den wichtigen Verhandlungen über die endgültige Feststellung der deutschen Heereseinrichtungen in wirksamer und wahrhaft bedeutungsvoller Weise betheiliget.

Der Reichstag war am Beginn des Jahres neu gewählt worden. Die Wahlen hatten die Stellung und Stärke der Parteien in der Versammlung erheblich verändert, das Schwergewicht, welches früher in der Vereinigung der konservativen und der gemäßigt liberalen Parteien lagte, war jetzt fast gänzlich in die liberale Partei verlegt. Die große Mehrheit war unparteiisch und ausdrücklich zur Unterstützung der Regierung bei den nächsten und wichtigsten Aufgaben der Reichspolitik gewählt, und es bestand grundsätzlich kein Zweifel darüber, daß es eine der vornehmsten dieser Aufgaben sei, die Grundlagen der einheitlichen deutschen Macht namentlich auch in militärischer Beziehung dauernd sicher zu stellen. So sehr jedoch in dieser Beziehung Einverständnis innerhalb der Reichstags-Mehrheit herrschte, so machte sich doch vermehrt der alten Ueberlieferungen der liberalen Parteien ein lebhafter Widerstreit der Meinungen und ein bedenkliches Schwanken der Entschlüsse in Betreff der Feststellung der Friedensstärke der Armee geltend. Da trat der kaiserliche Kriegsherr selbst hervor, um vor neuen Bismarcks über die Heeres-Frage zu warnen.

Er erinnerte an sein früheres Ringen für die Reorganisation der Armee: „Was ich damals vier Jahre lang aus Pflichtgefühl und Ueberzeugung erstrebt, aufrecht erhalten und erreicht, hat seinen Lohn in den ja über alle Erwartung großen Erfolgen der Armee und der Meere Verbündeten gefunden, und dieses Gefühl gibt mir Muth zur Ausdauer auch jetzt, denn nicht um Kriege herbeizuführen, sondern um den europäischen Frieden zu sichern, habe ich an dem Bewußtsein gearbeitet.“

Fast gleichzeitig wandte sich Fürst Bismarck von seinem damaligen Krankenlager vertraulich machend und warnend an die Führer der nationalen Parteien im Reichstage, um denselben die Nothwendigkeit einer festen Einigung und harterbestimmten Führung der reichstreuern Mehrheit nicht bloß um der Militär-Frage willen, sondern für die Lösung der Gesamtaufgaben der Reichspolitik dringend ans Herz zu legen.

Diese von den erhabensten Stellen der Regierung ausgehenden Erklärungen und Mahnungen machten einen mächtigen Eindruck nach allen Seiten und ergriffen mit ungeahnter Macht die weitesten Volkstheile. Die Bewegung, welche um diesen dieses Jahres, unmittelbar aus dem Volksbewußtsein heraus die Reichsvertretung zur Verhandlung mit der Regierung über die Wehrkraft des Reiches drängte, war eine der erklecklichsten und denkwürdigsten Erfahrungen in Bezug auf das Wesen der jetzigen Volkstimmung, als deren Grundton die Verehrung für den Kaiser, das Vertrauen zu seiner Regierung und die patriotische Hingebung für das Reich mit ursprünglicher und unwiderstehlicher Kraft zur Geltung gelangten. Je mehr gerade die Militär-Frage noch vor wenigen Jahren als eine der günstigsten Handhaben zur Aufregung gegen die Regierung benützt worden war, desto mehr darf man in der diesjährigen Volkstimmung eine Befestigung der vom Fürsten Bismarck in einer der jüngst bekannt gewordenen Depeschen ausgesprochenen Ansicht finden, daß es keinem aufmerksamen Beobachter habe entgehen können, „wie stark und massenhaft in Deutschland die Verehrung gewesen ist und noch ist von solchen zu gemäßigt liberalen, von gemäßigt liberalen zu konservativen Gesinnungen, von doktrinärer Opposition zu dem Gefühl des Interesses am Staate und der Verantwortlichkeit für denselben.“

Der klare und entschiedene Ausdruck der Volkstimmung war von großer moralischer Wirkung auch in den Reichstags-Kreisen und stellte die nationale Mehrheit vor die unabwiesliche Nothwendigkeit, eine Verhandlung mit der Regierung über die Heeresfrage anzustreben. In dem Maße, wie diese patriotische Pflicht auch von den entschieden liberalen Parteien anerkannt wurde, hielt die Regierung des Kaisers es den allgemeinen Reichsinteressen nach innen und außen entsprechend, ihrerseits zu einer Lösung der Frage die Hand zu bieten, zu welcher die gesammte national-gestimmte Reichstags-Mehrheit freudig mitwirken konnte, auf daß die wichtigste Angelegenheit des Deutschen Reiches mit einer Mehrheit entschieden würde, „welche (wie Graf Moltke sagte) der Bedeutung des Gegenstandes, dem Ansehen des Landes und der Würde der Reichsvertretung entspricht“, — auf daß endlich die Lösung der Militärfrage durch das gegenseitige Entgegenkommen der Ausgangs-

punkt und das Unterpfand eines weiteren vertrauensvollen Zusammenwirkens auf allen Gebieten der Reichspolitik würde.

In solchem Sinne willigte der Kaiser darin, daß die Friedensstärke der Armee in der als nothwendig erkannten Höhe wenn nicht dauernd, doch zunächst auf einen siebenjährigen Zeitraum festgesetzt werde, und die große Mehrheit des Reichstages stimmte nunmehr bereitwillig dem Gesetze zu, durch welches alle wesentlichen Grundlagen der Heeresorganisation für das ganze Deutsche Reich unwiderruflich und unbedingt anerkannt sind.

Es war dies, ungeachtet des Vorbehalts in Betreff der Kopzahl der Friedensstärke, ein Erfolg von der größten Bedeutung und die wichtigste Errungenschaft für das nationale Gemeinwesen seit der Errichtung des Deutschen Reiches. Die Inverfügung, welche der Kaiser, im Gegensaße zu manchen Kleinmüthigen Vorherjagungen, beim Schlusse des Reichstages in Bezug auf die weitere regelmäßige Beratung des Militärarets und die fortschreitende Umwidlung des Berufslebens aussprach, hat in der gegenwärtigen Reichstags-Session bereits eine erfreuliche Befestigung gefunden: die im Frühjahr anerkannten Grundlagen der Heeresorganisation haben sich als sichere und bindende Voraussetzungen für den Heereshaushalt durchweg bewährt, und der Versuch, den Militärarets von Neuem zum Tummelplatz politischer Leidenschaft zu machen, ist an dem patriotischen Geiste der Mehrheit gescheitert.

Die im Frühjahr erreichte Lösung der Militär-Frage hatte aber, wie gesagt, eine noch weiter gehende unmittelbare Bedeutung eben als Ausfluß der neugekräftigten vertrauensvollen Einigung zwischen der Regierung und dem Reichstage.

Die „Gesamtaufgaben der Reichspolitik“ hatte vor Allen Fürst Bismarck im Auge, als er den Ausgleich über die Militär-Frage und damit die Befestigung der regierungsfreundlichen Mehrheit eifrig förderte, und völliger Uebereinstimmung mit ihm waren die hervorragendsten Parteiführer innerhalb der national gestimmten Mehrheit davon durchdrungen, daß das Gesamtbedürfnis des Reiches eine festgeschlossene nationale Mehrheit aller Konserватiven und gemäßigt Liberalen fordere, auf welche eine energische Regierung sich bei der Erfüllung ihrer großen und schweren Aufgaben unter den tiefsten Bewegungen dieser Zeit stützen konnte.

Die neugeeinigte Mehrheit des Reichstages, welche sich an der Quelle ihrer Kraft, in dem Bewußtsein des deutschen Volkes selber erfrischt und gestärkt hatte, bewährte in der That ihre freudige Gemeinschaft mit der Regierung in der Lösung aller weiteren Aufgaben der Jahres-Session und in der Verhandlung über das seit Jahren vergeblich in Aussicht genommene Reichs-Preßgesetz und vornehmlich in der rücksichtslosen Unterstützung der Regierung bei der Erfüllung der Pflichten, welche ihr durch den fortgesetzten Widerstand der katholischen Geistlichkeit gegen die Autorität des Staates und seiner Gesetze auferlegt waren.

† **Trier, 31. Dez.** Der „Germania“ zufolge ist der hiesige Bischof heute morgen nach Verbüßung der Strafzeit aus der Haft entlassen worden.

Italien.

† **Rom, 31. Dez.** Das diplomatische Corps beglückwünschte heute den König zum Jahreswechsel. Der deutsche Gesandte, Hr. v. Reudell, überreichte das Portrait des Deutschen Kaisers mit einem eigenhändigen Handschreiben desselben.

Frankreich.

Paris, 31. Dez. Ueber die gestrige Konferenz im Elisee, zu welcher auch Hr. Casimir Perier geladen, aber zu erscheinen verhindert war, entnehmen wir den Morgenblättern noch folgendes Nähere: Zunächst äußerte sich der Präsident der Republik in einer kurzen Ansprache über den Zweck der Zusammenkunft. Er wolle, sagte er, wie er schon auf seiner Rundreise durch die Provinz geäußert, alle gutgesinnten Männer um sich versammeln und mit ihnen zusehen, ob denn wirklich jede Verhandlung unmöglich wäre. Die im Schoße der Nationalversammlung herrschenden Spaltungen müßten nothwendig zur Auflösung der Kammer führen und diese schiene ihm durchaus nicht den Interessen des Landes zu entsprechen. Seine Regierung könne aber ohne organische Grundlagen nicht fortbestehen und darum sei es für alle Freunde der herrschenden Ordnung geboten, mit Beiseitsetzung ihrer besonderen Wünsche diese unerlässlichen organischen Grundlagen aufzujuchen. Nachdem Präsident Buffet diese Bemerkungen unterstützt hatte, eröffnete der Herzog v. Audiffret-Pasquier die Diskussion. Er und seine Freunde, sagte er, seien bereit, die Gewalten des Präsidenten der Republik in der Art zu organisieren, daß das Land bis zum Jahre 1880, selbst wenn inzwischen der Marschall Mac Mahon aus irgend einem Grunde vom Staatsruder verschwände, gegen jede Veränderung der Regierungsform geschützt sei. Mit einem Worte, schloß der Redner, wir wollen das unpersonliche Septennat, wir wollen eine Regierung, welche auf sechs Jahre Republik heißen soll. Hr. v. Kerdrel verwahrte sich entschieden gegen diese Theorie. Die gemäßigte Rechte werde nie und nimmer auf eine Lösung eingehen, die der Monarchie die Thür verschließen würde. Ihr am 20. November 1873 gegebenes Versprechen, die Gewalten des Marschalls zu organisieren, wolle sie auch halten, aber eben nur die Gewalten des Marschalls, d. i. also das persönliche Septennat. Hr. Dufaure, von dem Herzog v. Broglie um seine Ansicht befragt, entwickelte die Nothwendigkeit, folgende vier konstitutionellen Punkte gleichzeitig zu regeln: Oberhaus, Uebergang der Gewalten, Aufhebungsbefehl und Revisionsklausel; das bleibe aber für ihn feststehend, daß die einzig mögliche Regierungsform die Republik sei. Der Herzog v. Audiffret-Pasquier entgeg-

nete, er sei zwar mit dem Vordränger durchaus nicht in allen Punkten einverstanden, halte aber die Meinungsverschiedenheiten nicht für bedeutend genug, daß sie nicht bei gutem Willen überbrückt werden könnten. Die Minister Decazes und Chabaud-Latour schienen in dieser ersten Unterredung zwischen dem rechten und linken Centrum vermittelt zu wollen; doch mußten die H. Léon Say und Dufaure im Voraus bemerken, daß sie nur in ihrem persönlichen Namen sprächen und von ihrer Partei kein Mandat empfangen hätten. Hr. Victor Hamille, welcher eher den Bonapartisten, als dem rechten Centrum beizuzählen ist, obgleich er auch auf der offiziellen Liste des letzteren steht, blieb in dieser, wie in der folgenden Konferenz, stummer Zuhörer.

In der zweiten Besprechung, welche des Nachmittags von drei bis sieben Uhr stattfand, betonten die H. Léon Say und Dufaure noch einmal den symmetrischen Charakter der konstitutionellen Vorlagen, für das Einzelne sich natürlich der Entwürfen des Dreißiger-Ausschusses gegenüber vollkommen freie Hand vorbehaltend. Hr. Broglie gab vollkommen zu, daß man z. B. nicht ein Oberhaus schaffen könne, ohne zugleich die Frage des Uebergangs der Gewalten und der Auflösung zu regeln, und umgekehrt; darum könnte man aber doch das Gesetz über das Oberhaus in Angriff nehmen und bräuhete nur etwa zu bestimmen, daß dasselbe nicht eher in Kraft treten soll, als bis auch für den Uebergang der Gewalten Vorkehrung getroffen wäre. Hr. Léon Say erklärte sich im Prinzip durch dieses Zugeständniß befriedigt. Hinsichtlich der Ernennung der Senatoren wolle er dem Präsidenten einen gewissen Antheil einräumen, doch dürfe dieser nicht die Hälfte und nicht einmal den dritten Theil des Hauses umfassen. Bei diesem Punkte verweilte man noch etwas länger. Dann kam wieder der Uebergang der Gewalten zur Sprache, und hier traten die H. Depeyre, v. Kerdrel und Chesnelong noch einmal mit aller Entschiedenheit gegen das unpersonliche Septennat auf. Wir bringen, sagten sie, schon Opfer genug, wenn wir uns von unseren Freunden von der äußersten Rechten los-sagen, die nicht einmal die persönlichen Gewalten des Marschalls organisieren wollen. Die drei Vertreter der gemäßigt rechten Rechte gerietten dabei in solchen Eifer, daß der Herzog v. Broglie zuletzt erklärte, es sei unter diesen Umständen überhaupt unnüßig, noch mit dem linken Centrum zu unterhandeln, da man nicht mehr hoffen dürfe, eine Majorität herzustellen. Der Herzog v. Audiffret-Pasquier bemerkte darauf einlenkend, er sei ja bereits mit den H. Léon Say und Dufaure über die meisten Punkte einig und hoffe auch noch hinsichtlich dessen, was nach Ablauf des Septennats geschehen solle, eine Verständigung zu erzielen. So wurde denn auf Veranlassung des Marschall Mac Mahon, welcher seinerseits mit großem Nachdruck für das unpersonliche Septennat eingetreten war, eine neue Zusammenkunft auf Samstag verabredet.

Badische Chronik.

Baden, 30. Dez. Am Stephanstage gab der Männer-Gesangverein „Aurelia“ ein Konzert oder vielmehr sollte es Abendunterhaltung, in deren Programm außer ernsten und komischen musikalischen Nummern auch ein Lustspiel, in welchem eine Dame auftrat, und lebende Bilder zu finden waren. Der Abend war ein sehr gelungener. — Am folgenden Tage, Sonntags, wurde am Nachmittage von etwa 25 Schülern, eine Musikbände voran, eine Fahrt nach Steinbach, mit Halt in Einheim, dann über die hiesige Stadt nach Lichtenthal und von da bei Fackelbeleuchtung wieder zurück unternommen. An dieselbe schloß sich ein Abendessen in der Weber'schen Restauration und ein Tanzvergnügen. Zur gleichen Abendstunde fand im großen Saale des Konversationshauses ein vom Kurkomitee veranstaltetes Weihnachtstfest für Kinder statt, arrangirt von Oscar Meunier. Zuerst wurde von 50 sehr schön kostümirten Kindern auf einer kleinen Bühne „Hänsel und Gretel“ in 5 Bildern mit Pantomimen und Tänzen aufgeführt; dann kam eine feierliche Beleuchtung dreier Niesen-Christbäume und Vertheilung kleiner Weihnachtsgeschenke. Alt und Jung amüsierte sich vortrefflich und schon denkt man an die Herstellung einer größeren Bühne für spätere ähnliche Vorstellungen. — Unterdessen hat die Kurverwaltung wie regelmäßig zu dieser Jahreszeit Ferien bis zum 3. Januar, wodurch die regelmäßigen Abendkonzerte bis dahin ausfallen. Nach dem 3. Januar wird aber um so eifriger wieder begonnen werden, weil die Karnevalszeit, für welche bereits das Programm erschienen ist, nur sehr kurze Dauer hat.

Vermischte Nachrichten.

Man schreibt dem Londoner „Athensium“ aus Neapel: „Mitter mit großen Kosten hergestelltes Aquarium in der zoologischen Station von Neapel ist buchstäblich von den Katten gefürmt worden, die darin schrecklich gehaust haben. Sie haben die Holzbelegung zernagt und sogar auf die Nacht an der Oberfläche der Bassins schlafenden Fische mit nur zu gutem Erfolg Jagd gemacht. Die Verwüstung wurde erst bemerkt, als man leßthin einen dieser gefräßigen Rager zwischen den Füßern eines Octopus (eine Molluskenart) festgeklemmt fand, der sein Opfer auf einen der Grottenfelsen geschleppt hatte und ihm dort alles Blut auszog. Nur Haut und Knochen ließ er übrig. Eine andere der räuberischen Katten war von den Scheerern einer riesigen Krabbe erfaßt worden und stieß ein schrillendes Geschrei aus, worauf der Wärter, aus dem Schloße gewechselt, herbeieilte und das Thier aus der Umarmung seines Feindes befreite. Sämmtliche Frösche — und davon gehörten viele sehr seltenen Spezies an — sowie die mexikanischen Salamander sind von den Katten getödtet und verzehrt worden.“

